

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Mag. Gerhard Kaniak, Erwin Angerer, Peter Wurm, Hermann Brückl, und weiterer Abgeordneter
betreffend **Ende der Maskenpflicht nach Nehammers Ankündigung am ÖVP-Parteitag**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Top 4) Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 2489/A der Abgeordneten Gabriela Schwarz, Ralph Schallmeiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 geändert wird (1482 d.B.) in der 156. Sitzung des Nationalrats am Mittwoch, dem 18. Mai 2022.

Obwohl die Bedrohungslage durch Corona aktuell nicht mehr gegeben ist, werden einschlägige Gesetze wie das Covid-19-Maßnahmegesetz bzw. die entsprechenden Regelungen im Epidemiegesetz 1950 neuerlich verlängert.

Und auch am Covid-19-Impflichtgesetz hält man trotz fehlender Bedrohungslage durch Corona weiterhin fest und hat derzeit lediglich die Aussetzung der Anwendung zugelassen. Ebenso verhält es sich mit der Maskenpflicht im Handel, in den Banken oder in den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Bundeskanzler und ÖVP-Bundesparteiobermann Karl Nehammer hat am Bundesparteitag am 14. Mai 2022 in Graz folgendes zu den Delegierten gesagt:

„So viele in so einem kleinen Raum heißt auch: So viele Viren, aber jetzt kümmert es uns nicht mehr! Schön, dass ihr da seid!“

Damit hat Nehammer alle Corona-Maßnahmen, die noch aufrecht sind, für überflüssig erklärt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Maskenzwang in allen Lebensbereichen und insbesondere im Handel und in den öffentlichen Verkehrsmitteln unmittelbar zu beenden, um so die derzeit bestehenden Ungleichbehandlungen von Angestellten im Handel und in anderen betroffenen Berufsgruppen zu beseitigen und die Lebensqualität der Konsumentinnen und Konsumenten zu steigern.“

(Brückl)
Kaniak

(Wurm)

(Belakowitsch)
(Angerer)

